



Bundesamt für Justiz  
Vernehmlassungen  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Bern, 30. September 2013

### **Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident  
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem Vernehmlassungsverfahren zur parlamentarischen Initiative Schuldenprävention von Nationalrätin Josiane Aubert<sup>1</sup> der Kommission Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates. Wir nehmen gerne dazu Stellung.

### **Allgemeine Beurteilung**

Die SP Schweiz bemüht sich bereits seit Jahren für eine Einschränkung der Werbemöglichkeiten für Konsumkredite. So wurde eine entsprechende parlamentarische Initiative von Nationalrat Stéphane Rossini bereits 2006 eingereicht<sup>2</sup>. Schon damals wurde richtigerweise moniert, dass „nicht in erster Linie die Interessen eines bestimmten Wirtschaftszweigs geschützt werden (dürfen), ohne dass die sozialen Folgen für die betroffenen Personen, für deren Familien und im Endeffekt auch für die ganze Gesellschaft (...) Berücksichtigung finden“.

Nationalrätin Aubert nahm das "Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung" zum Anlass, um 2010 erneut einen Anlauf zu nehmen und ein Werbeverbot für Kleinkredite

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Spitalgasse 34  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch  
www.spschweiz.ch

---

<sup>1</sup> 10.467 Parlamentarische Initiative Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite eingereicht am 18.6.2010

<sup>2</sup> 06.417 Parlamentarische Initiative Verschuldung, Konsumkredit eingereicht am 24.3.2006

zu fordern, wie es zuvor auch von der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen vorgeschlagen worden ist<sup>3</sup>.

Als unbefriedigend und nicht verständlich erachtet die SP die Einschätzung der Mehrheit der vorberatenden Kommission, wonach ein generelles Werbeverbot für das Ziel des Schutzes vor Überschuldung zu weitgehend sei. Angesichts der volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten der Schuldenproblematik wäre eine Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit aus Sicht der SP sehr wohl geeignet sowie auch zumutbar und verhältnismässig. Wenn ein solches Verbot nur auf „besonders aggressive Werbung“ begrenzt werden soll, beschränkt sich der Gesetzgeber unnötigerweise auf die Spitze des Eisberges. Angesichts der wenig überzeugenden Erfahrungen mit Selbstregulierungen überzeugt auch die anvisierte Lösung mit einer Branchenkonvention nicht. Im Wissen um das Verführungspotenzial von professionellen Werbebotschaften erscheint es naiv, sich auf Werbungen beschränken zu wollen, die nachweislich auf „voraussetzungslose Erhältlichkeit von Konsumkrediten ohne Kreditfähigkeitsprüfungen hindeuten“ oder „offensichtlich ökonomisch nicht sinnvolle Argumente“ beinhalten. Absolut unklar ist zudem, wie die aggressive Werbung genau definiert werden soll und wie der Bundesrat sicherstellen will, dass eine entsprechende Branchenkonvention auch eingehalten wird.

### **Geltungsbereich des Konsumkreditgesetzes (Art. 7 und 8)**

Eine Einschränkung des Geltungsbereichs des Gesetzes schafft nur neue Anreize für spezifische Produkte wie die sogenannten „Express-Kredite“, die der Konsument oder die Konsumentin viel schneller erhalten kann und auch innert kürzerer Fristen wieder zurückzahlen muss. Ein solches Schlupfloch ist aus Sicht der SP ein unverzeihliches Versäumnis. Das öffentliche Interesse an einem beschränkten Geltungsbereich ist nicht ersichtlich.

Die SP verlangt daher die Streichung von Art. 7 Abs. 1 Bst. f des Konsumkreditgesetzes (KKG) im Sinne der Minderheit Birrer-Heimo und eventualiter eine Einschränkung der für „Express-Kredite“ zulässigen Laufzeit auf höchstens drei Monate (Minderheit Meier-Schatz)

### **Kreditfähigkeit (Art. 25 und 31)**

Die Pflicht, Konsumenten und Konsumentinnen, die absichtlich falsche Angaben bezüglich ihrer Kreditfähigkeit machen, der Informationsstelle zu melden, wird von der SP gutgeheissen.

Im Sinne der Minderheiten Marra sollen aus Sicht der SP die Kreditgeber und Kreditgeberinnen verpflichtet werden, von den Konsumentinnen und Konsumenten einen Betreibungsregisterauszug

---

<sup>3</sup> Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen; Bericht „Jung und arm: das Tabu brechen“, August 2007

und einen Lohnnachweis einzufordern (Art. 31 Abs. 1) sowie bei Zweifel an der Richtigkeit der erhaltenen Angaben mit zusätzlichen einschlägigen Dokumenten diese erneut zu überprüfen (Art. 31 Abs. 3).

### **Werbung (Art. 36a und 36b)**

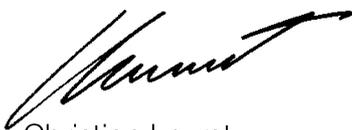
Da auf ein allgemeingültiges Werbeverbot verzichtet worden ist, erachtet die SP zumindest ein Verbot für jegliche Konsumkreditwerbung, die direkt Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen soll (Minderheit Maire) sowie für alle aggressiven Werbungen als zwingend notwendig. Zweifel bleiben aber dennoch, ob die betroffene Branche nicht einfach versuchen wird, ihre Werbebotschaften scharf an der Grenze des noch Zulässigen zu verfassen, so dass insbesondere der Schutz der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor den Gefahren der Kreditschuldenfalle nur schwer möglich sein wird. Entsprechend wird alles von der Formulierung der privatrechtlichen Konvention gemäss Art. 36a Abs. 2 abhängen. Deshalb unterstützt die SP auch die in der Minderheit Maire geforderte Definition „in angemessener Form“.

Bei dieser Gelegenheit möchte die SP auch an die parlamentarische Initiative von Nationalrat Jacques-André Maire für strengere Massnahmen zur Bekämpfung der Überschuldung von jungen Erwachsenen<sup>4</sup> erinnern, die vom Nationalrat am 15. März dieses Jahres gutgeheissen wurde, aber von der zuständigen Kommission bisher nicht weiterverfolgt worden ist. Eine Änderung am Konsumkreditgesetz muss zum Anlass genommen werden, auch dieses Anliegen zu erfüllen.

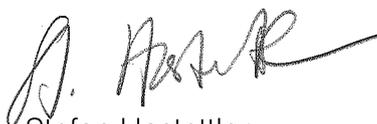
Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Stefan Hostettler  
stv. Generalsekretär

---

<sup>4</sup> 11.459 Parlamentarische Initiative Jacques-André Maire Kreditkarten. Strengere Vorschriften zur Bekämpfung der Verschuldung von jungen Erwachsenen eingereicht am 17.9.2011